Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b. 8-3. Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden oder nach Freitagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.

Für Ausgabe einzelnster Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Gesangbücher,
solides Fabrikat, in reichster Auswahl von 1 Mk. 50 Pf. an. **Schmucksachen** als vortheilhafte Confirmationsgeschenke, preiswerth und solid, empfiehlt die Kurz- und Galanteriewaaren-Handlung
C. A. Bochmann, vorm. **Albert Grosch,** Dresden-N., Hauptstr. 25.

Thüre zu!
D.R.-Patent.

Vollkommenster selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. **40,000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius,
Dresden-N.,
Tieckstrasse 27.
Fernsprecher 2760.

Bay-Rum,
wirkt erfrischend auf die Kopfhaut, befördert den Haarwuchs, beseitigt die lästigen Kopfschuppen. **Flasche 1 M. u. 1,50.**
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hof-Apotheke, Dresden, Georgenthor.

Flanellhemden
mit vorzuknöpfenden weissen Leinoneinsätzen
(gesetzlich geschützt)
Otto Wolfram Nachf., Hoflief.,
König-Johannsstrasse 2.
Illustrirte Prospecte gratis und franco.

R. D. Fabricius
38 Pragerstr. Photograph.-artist. Atelier Pragerstr. 38
Porträts, Gruppen- und Kinder-Aufnahmen in jeder Grösse. Vergrösserungen nach jedem kleinen Bilde bis Lebensgrösse. Vorzügliche Ausführung, mässige Preise.

Christofle-Bestecke, weltbekannt solidestes Fabrikat zu Fabrikpreisen. **Einziges Depôt Hofl. Rob. Hoffmann,** See-Strasse, gegenüber Victoria-Hotel.

Nr. 66. Spiegel: Forderungen für Kolonialzwecke und Militär, Partikularismus, Krisen in Frankreich. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. „Margarethe", Dresdner Männergesangverein, Kunstverein. | **Freitag, 7. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Einen „Reichstag ohne Mehrheit" kann man die jetzt gewählte Volksvertretung nennen. Wohl wird sich immer nach einer Abstimmung ergeben, ob ein Gesetzentwurf oder Antrag angenommen oder abgelehnt worden ist, aber wie Mehrheit und Minderheit zusammengesetzt sind, wird sich von Fall zu Fall ändern. Eine über den einzelnen Gegenstand hinausreichende Mehrheit existirt nicht im neuen Reichstage. Die Ultramontanen vermögen mit ihren Bundesgenossen von den Wahlen her, den Deutschfreisinnigen, ebensowenig eine Mehrheit herzustellen, als wenn sie, was sie gern möchten, sich mit den Strengkonservativen verbündeten. Die Entscheidung liegt stets bei den 5—6 kleineren Gruppen, die bald so, bald so abstimmen. Alles ist unberechenbar, dem Zufalle preisgegeben. Neugierig darf man sein, wie sich der neue Reichstag zu zwei Vorlagen stellen wird, die unbedingt bald nach seinem Zusammentritt an ihn gelangen werden. Die für Durchführung der Wißmann'schen Expedition in Ostafrika gewährten Gelder sind verbraucht; sie waren nur bis zum 1. April bewilligt. Halb vollendet darf man das Werk der Beruhigung unserer Kolonie nicht lassen, wenigstens meinen wir das von unserem veralteten nationalen Standpunkte aus. Ueber die Höhe der neuen Forderung wird der Bericht entscheiden, den der soeben in Sansibar eingetroffene Major Liebert nach seiner Rückkehr dem Bundesrathe abzustatten hat. Wird nun die neue Forderung für Kolonialzwecke eine Mehrheit auf sich vereinigen? Im Ganzen ist das wahrscheinlich, denn das Centrum hat bisher alle Gelder zu Kolonial-Zwecken bewilligt. Zweifelhafter erscheint es aber, ob der neue Reichstag auch den auf militärischem Gebiete liegenden Forderungen zustimmt. Die beiden neugebildeten Armeekorps sind unvollständig, sie zeigen in ihrer Zusammensetzung noch manche Lücke, es mangelt besonders an den Spezialtruppen. Schon beim vorigen Reichstag machte der Kriegsminister Verdy du Vernois darauf aufmerksam, daß eine Ergänzung durch Pioniere und Train unerläßlich sei. Es dürfte sich auch um die Vervollständigung derjenigen Stäbe schon im Frieden handeln, welche für die großen Reserve-Armeen erforderlich sind. Die nationalveranlagten Parteien werden diese Forderungen gewissenhaft prüfen. Aber gespannt darf man sein, wie das Antikartell, das bei den Wahlen so heftig gegen den „Moloch des Militarismus" deklamirte, jetzt die Probe auf seine stolzen Worte bestehen wird. Herrn Eugen Richter ist die Ankündigung von militärischen Forderungen äußerst unbequem; er erklärt die ganze Sache für unbedeutend. Es sollte uns nur aufrichtig freuen, wenn die Kriegsverwaltung nicht mit erheblichen Forderungen zur Steigerung der Wehrkraft an die Volksvertretung herantreten würde.

Ein vom nationalen Standpunkt aus recht beklagenswerther Umschwung ist, laut Wahlausfall, in Württemberg, Baden und Hannover eingetreten. Der Partikularismus ist in diesen drei Theilen des Reichs theils wieder erwacht, theils erstarkt. Er nimmt überall eine besondere Gestalt an: in Württemberg spreizt er sich demokratisch, in Baden geberdet er sich klerikal, in Hannover als Welfentrotz. Die süddeutsche Volkspartei, bisher durch einen einzigen Abgeordneten vertreten, hat sich aus Württemberg 10 Abgeordnetensitze erobert. Hierbei hat die Abneigung gegen Preußen eine sehr große Rolle mitgespielt. Die Schwaben haben vergessen, daß ohne Preußen Straßburg und Metz noch heute französisch wären, daß ohne die Wiedergewinnung der Reichslande Süddeutschland jedem Einfall der Franzosen offenstehen würde, Stuttgart in nur 3 Tagemärschen von Straßburg aus zu erreichen ist. In dem Gefühl ihrer Sicherheit glauben die Schwaben es sich jetzt erlauben zu dürfen, Abgeordnete nach Berlin zu wählen, die ihre Abneigung gegen Preußen hinter demokratischen Freiheitsphrasen verstecken. Die weichere Natur des Süddeutschen empfindet die Härten, die nun einmal mit der allgemeinen Wehrpflicht verbunden sind, ungleich lebhafter, als die derbere Art des Norddeutschen. Jede militärische Neuerung, die an seiner bequemeren Lebensführung rüttelt, bildet dem Schwaben ein Aergerniß, dem er als Wähler dann Ausdruck giebt. Nun mag der kommandirende General in Stuttgart, v. Alvensleben, ein wenig streng durch- und in gewisse liebgewordene Gewohnheiten des Schwabenvolks störend eingreifen. In dem Streben, das Heer möglichst feldbereit und frisch zu erhalten, hat der General verschiedene Pensionirungen vorgenommen, die dem Schwaben nicht recht einleuchten; daher regnete es vor den Wahlen Angriffe gegen den preußischen Militarismus; die verabschiedeten Offiziere lagerten ihren Groll in den Zeitungen ab und das Ergebniß zeigte sich bei den Wahlen. Kurzsichtiger Partikularismus! Bismarck nannte ihn in den 50er Jahren „faulige Gährung süddeutscher Zuchtlosigkeit". In Baden wiederum zog die Abneigung gegen Preußen die Mönchskutte an. Das ehemalige auf seinen Liberalismus stolze „badische Ländle" ist jetzt fast ganz dem Ultramontanismus ausgeliefert worden. In Hannover aber feierte der Preußenhaß des Welfenthums einen großen Triumph. Noch niemals hat Hannover soviel Welfen (12) und so wenig Nationale (5) gewählt, wie diesmal; außerdem wurde noch je ein Freisinniger, Ultramontaner und Sozialdemokrat gewählt. In dem nördlichen Theile Hannovers drangen die Nationalliberalen nur mit äußerster Mühe durch; Herr v. Bennigsen entging in Stade mit knapper Noth einem Durchfall. Die sorgliche wirthschaftliche Pflege der Provinz durch die preußische Regierung hat im Ganzen sehr wenig dazu verholfen, daß sich die Bevölkerung Hannovers mit der neuen Ordnung der Dinge aussöhnte. Gerade die bäuerliche Bevölkerung verhält sich kalt und fast ablehnend. In Hannover glaubt zwar kein Mensch an die Rückkehr des Welfenthums, dasselbe ist auch in einzelnen Landestheilen nie sonderlich beliebt gewesen, gleichwohl hat man den Verlust der Selbstständigkeit des Landes in den 24 Jahren, die seitdem verflossen sind, nicht verschmerzt. Was giebt aber diesem zähen Widerstand der Hannoveraner gegen ihre Zugehörigkeit zu Preußen immer wieder neue Kraft? Man haßt die stramme Bureaukratie und gegen Alles, was nach Streberthum riecht, hat das Volk eine unüberwindliche Abneigung. Daran fehlt es nun in Preußen bekanntlich nicht (anderwärts ebensowenig); aber gerade in Hannover verschuldet es die bisweilen dünkelhafte Bureaukratie und das Streberthum des jüngeren „schneidigen" Beamtenthums, daß die Bevölkerung oppositionell wählt. Herr v. Bennigsen ist nie so unpopulär gewesen in Hannover, als seitdem er zum Oberpräsidenten der Provinz befördert wurde. Man wird in Berlin wohl daran thun, diese Erscheinungen zu beherzigen. Offenbar reicht die treffliche Pflege der materiellen Landesinteressen nicht aus, um die Gemüther des Volkes zu gewinnen.

Wie mitgetheilt, trat der französische Minister des Innern jüh aus dem Amte, weil der Präsident der Republik, Carnot, nicht denjenigen Juristen zum obersten Richter des Landes ernannte, den Constans dazu ausersehen hatte. Er wollte auf dem Posten des Präsidenten des Cassationshofes den Abtheilungsvorstand Bedarrides befördern. Diesen aber mochte weder Carnot, noch der Ministerpräsident Tirard nicht und zwar aus zwei Gründen, einmal, weil dieser Herr ein Jude ist und die Beförderung eines Juden zum obersten Richter dem Antisemitismus in Frankreich neue Nahrung geben würde, sodann aber auch, weil — es ist trübselig zu sagen — weil auch hier wieder eine Schwiegersohngeschichte mitspielt. Carnot ernannte zum Oberrichter den Senator Mazeau, damit an dessen Stelle sein eigener Schwiegersohn Cuisinet in den Senat gewählt wird. Schwiegersöhne aber bringen, das hat Grevy an seinem Wilson erfahren, den Präsidenten niemals Glück. Wenn der Nepotismus sogar den tugendhaften Carnot gepackt hat, wie mag's da sonst im Lande stehen? Es kann leicht kommen, daß der demnächst bevorstehende Sturz des Ministeriums Tirard sogar den Präsidenten Carnot in seinen Strudel zieht. Constans ist ganz der Mann dazu, die Hand nach der höchsten Würde in der Republik, der Präsidentschaft, auszustrecken.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. März.

Berlin. Die Rede, welche gestern der Kaiser beim Festmahle des Brandenburger Provinziallandtages gehalten, liegt jetzt im Wortlaute vor. Die bemerkenswerthesten Stellen sind: Bei meinen Reisen habe ich nicht allein den Zweck verfolgt, fremde Länder und Staatseinrichtungen kennen zu lernen und mit den Herrschern benachbarter Reiche freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, sondern diese Reisen, die ja vielfach Mißdeutungen ausgesetzt waren, haben für mich den hohen Werth gehabt, daß ich, entrückt dem Parteigetriebe des Tages, die heimischen Verhältnisse aus der Ferne beobachten und in Ruhe einer Prüfung unterziehen konnte. Wer jemals einsam auf hoher See, auf der Schiffsbrücke stehend, nur Gottes Sternenhimmel über sich, Einkehr in sich selbst gehalten hat, der wird den Werth einer solchen Fahrt nicht verkennen. Manchem von meinen Landsleuten möchte ich wünschen, solche Stunden zu erleben, in denen der Mensch sich Rechenschaft ablegen kann über Das, was er erstrebt und was er geleistet hat, da kann man geheilt werden von Selbstüberschätzungen und das thut uns Allen Noth... Die Ziele, die mein seliger Herr Großvater mit seiner Botschaft aufgestellt hat, habe ich mir angeeignet. In seinen Fußstapfen fortschreitend, ist es meine vornehmste Sorge gewesen, mich eingehender um das Wohl der unteren Klassen meiner Unterthanen zu bekümmern. Die von mir vorher berührten Gesichtspunkte, nach welchen meine Vorfahren und die Familie der Hohenzollern überhaupt ihre Stellung zu Brandenburg auffaßten, waren im höchsten Maße in meinem seligen Herrn Großvater verkörpert. Derselbe betrachtete seine Stellung als eine ihm von Gott gesetzte Aufgabe, der er sich mit Daransetzung aller Kräfte bis zum letzten Augenblicke widmete. So wie er dachte, denke auch ich und lebe in dem mir überkommenen Volk und Land ein von Gott mir anvertrautes Pfund, welches zu mehren meine Aufgabe ist und worüber ich dereinst Rechenschaft abzulegen haben werde. Ich denke nach Kräften mit dem Pfund so zu wirthschaften, daß ich noch manches Andere hoffentlich werde dazu legen können. Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien. Diejenigen jedoch, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich.

Berlin. Der „Reichsanz." veröffentlicht 2 weitere Berichte Wißmann's an den Reichskanzler. Der erste, datirt vom 20. Januar, enthält eine Darstellung der Einnahme der festen Position Banaheris (Mlembune). Es heißt darin: Es machte einen wunderbaren Eindruck, als wir in den Feuerpausen die Besatzung der Boma's nach lautem Borsingen eines Vorbeters zu Allah rufen hörten. Dies war das erste Mal während unserer Kämpfe, daß wir ein Zeichen von religiösem Fanatismus bei unseren Gegnern konstatiren konnten. Der Kampf ist der erbittertste, den ich während der Zeit meines Wirkens hier geführt habe. Jetzt ist der Glaube an die Unbesiegbarkeit Banaheris gründlich zerstört. Man hielt überall Mlembune für unangreifbar und kannte die große und besonders wohlbewaffnete Macht Banaheris. Der zweite Bericht datirt vom 28. Januar und betrifft die Vorbereitungen für die geplanten wirthschaftlichen Unternehmungen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. Dieselbe will an allen bedeutenden Küstenstationen Faktoreien errichten, an die großen Sklavenbesitzer und Häuptlinge der Umgegend Samen für Oelfrüchte vertheilen und für einen von beiden Theilen festgestellten Preis die Ernten einkaufen. Gleichzeitig wurden Anordnungen zur Ueberwachung des Waffenhandels gegeben. Der Schluß des Berichtes betrifft Vorbereitungen zu einem weiteren Angriff auf Banaheri. — Die englische Regierung hat das Vorgehen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Bezug auf die Inseln Patta und Manda bereits amtlich desavouirt und erklärt, daß nach den bestehenden Vereinbarungen ohne vorausgegangene nähere Verständigung zwischen Deutschland und England weder der Sultan von Sansibar zur Ertheilung einer Konzession noch die englische Gesellschaft zur Besitzergreifung der Inseln berechtigt waren.

Berlin. Nach einem der „Politischen Correspondence" aus London übermittelten Gerücht ist die Berliner Arbeiterschutzkonferenz auf den 18. April verschoben. Die hiesigen Blätter wissen noch nichts davon. — Dem Dr. Weyrstein, preuß. Konsul a. D., hier, hat die Universität Leipzig sein 1840 errungenes Dr.-Diplom jetzt zur 50. Wiederkehr des Tages der Verleihung erneuert. Dr. Weyrstein hat sich besondere Verdienste um die orientalischen Sprachen erworben.

Barmen. Der Riemendreherstreik hat sich bereits auf 26 Fabriken ausgedehnt. Ueber 1800 Arbeiter feiern. Eine weitere Ausdehnung des Streikes wird befürchtet.

Pest. Hier werden wichtige Entscheidungen bezüglich des ungarischen Ministeriums erwartet, welche auf eine Ministerkrise hinzudeuten scheinen.

Paris. In der heutigen Kammersitzung wurde die Note des Ministers des Auswärtigen, Spuller, an den Botschafter Herbette, betreffend die Einladung zur Berliner Arbeiterschutzkonferenz, verlesen.

Petersburg. Das Ministerkomitee genehmigte den Bau einer strategischen Eisenbahn von Tukum nach Windau auf Kosten der Krone und stimmte der Errichtung eines Handelshafens in Windau zu.

Sofia. Die Regierung hat beschlossen, sofort nach dem Panitza-Prozeß sämmtlichen Vertragsmächten ein ausführliches Memorandum wegen der Anerkennung des Fürsten Ferdinand zuzustellen. Falls die Mächte die Initiative hierzu ablehnen, ist die bulgarische Regierung entschlossen, die Proklamirung der Unabhängigkeit selbst durchzuführen.

Die **Berliner Börse** wies heute eine beruhigtere Haltung auf als an den Vortagen. Die Course waren meist etwas besser. Von Banken setzten Commanditantheile und Dresdner Bank etwas höher ein. Letztere gingen indeß später wieder etwas zurück. Deutsche Bahnen ruhig, österreichische mehrfach gefragt, Bergwerke ohne einheitliche Tendenz, fremde Renten ruhig. Im Spätverkehre konnte sich die Haltung vielfach noch weiter befestigen, besonders für Banken, Bergwerke und fremde Renten, in denen sich angeregter Verkehr entwickelte. Im Kassaverkehre waren Banken zum Theil erholt, deutsche Bahnen schwach, österreichische fest. Schwache Haltung bestand ferner für Industriepapiere und deutsche Fonds, österreichische Prioritäten still. Privatdiskont 3⅝ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Vormittags Schnee, später heiter, sonnig, wärmer, gegen Abend wieder Frost. West-Nord-West-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 266,60, Staatsb. 190,25, Lomb. 110,25, Galizier —,—, Egypter 95,10, 4proz. Ung. Gold. 88,10, Disconto 229,10, Dresdn. Bk. 147,60, Laura 147,50, Darmstädter —,—. Still.

Wien (Abends.) Credit 312,25, Staatsbahn 222,75, Lombarden 122,75, Marknoten 59,75, Diskonten 58,30, Ung. Credit 314,50. Ruhig.

Paris. (Schluß.) Rente 88,36, Anleihe 105,80, Italiener 92,65, Staatsbahn 476,25, Lombarden 293,75, do. Prioritäten —, Spanier 73⅛, Suezer 478,75, Ottomanen 516,25, Escompte 642,50. Besser.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per März 21,60, per Mai-August 21,50, ruhig. Spiritus per März 36,00, per Sept.-December 38,25, ruhig. Rüböl per März 77,75, per September-December 71,50, matt.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März —, per Mai 199. Roggen per März 111, per Mai 111.

Oertliches und Sächsisches.

— Dem Besitzer des in Leipzig unter der Firma Hartmann u. Gratz bestehenden Konfektions-, Seiden- und Modewaaren-Geschäfts, Bernhard Gratz, wurde das Prädikat „Königlicher Hoflieferant" verliehen.

— **Landtag.** Die 2. **Kammer** beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung wieder einmal mit der **Fortbildungsschulfrage**, welche nunmehr seit einer großen Reihe von Jahren zur stehenden Rubrik unserer Ständekammern gehört. Veranlassung dazu gab die Petition des Landwirthschaftlichen Vereins zu Zittau und 11 Petitionen anderer Vereine um Herabsetzung der Fortbildungsschulpflicht auf 2 Jahre. Die Petenten führen in der Hauptsache an, daß das dritte Jahr überall als ein großer Druck für Schüler wie Arbeitgeber empfunden werde. Ferner gewähre ein achtjähriger Besuch der Volksschule schon einen derartigen Grad von Bildung, daß 2 Jahre der Fortbildungsschule vollständig genügen. Der durch das dritte Jahr erzeugte Widerwillen schade im Allgemeinen nur der Einrichtung. Es käme nicht selten vor, daß in den Grenzbezirken junge Leute, um sich der Pflicht des Besuches der Fortbildungsschule zu entziehen, Arbeitsverhältnisse im Auslande aufsuchten. Die Möglichkeit der Dispensation werde illusorisch, da die Schulbehörden nur mit Schwierigkeit aus Scheu vor Konsequenzen in dieselbe willigten. Die Lehrer erkennten selbst an, daß im dritten Jahre in vielen Fällen bei den Schülern eine derartige geistige Entwickelung vorhanden sei, die dieses dritte Jahr nicht nothwendig erscheinen lasse u. s. w. Die sämmtlichen Petitionen stimmen in diesen Ausführungen überein. Die Deputation konnte sich bei ihrer Berathung nicht einigen. Die Majorität (Dr. Schill, v. Trebra, Weigang, Breitfeld, Wetzlich, Crimwell) war der Ansicht, daß es im Interesse des Gedeihens der Fortbildungsschule dringend nothwendig ist, die gegen dieselben gerichteten Bestrebungen nicht durch Fallenlassen des dritten Jahres noch weiter zu ermuthigen, und beantragte daher, die Petitionen auf sich beruhen zu lassen. Die Minderheit dagegen, bestehend aus den Abgeordneten Heymann, Däbritz und Frenzel, macht geltend, das dritte Jahr sei überflüssig, die Schüler zeigten in dem vorgeschrittenen Alter keine Lust zum Lernen, die Schüler des dritten Jahres wirkten nachtheilig auf die Schüler des zweiten und ersten Jahrganges ein, indem sie dieselben vom Lernen abhielten und in moralischer Beziehung Einfluß ausübten ꝛc.; die Minorität beantragt daher, die Petitionen der Königl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Abg. Crimwell begründet das Majoritäts-Votum, Abg. Heymann den Antrag der Minderheit. Abg. Wetzlich giebt seiner Befriedigung Ausdruck, daß von den Petitionen nicht eine einzige aus gewerblichen Kreisen stammt, ein Beweis, daß die Gewerbetreibenden das dritte Jahr der Fortbildungsschule als nützlich und wünschenswerth erachten. Es ist sogar unentbehrlich zur Heranbildung eines tüchtigen Handwerkerstandes. Die Gegner des dritten Jahres werden auch dann, wenn dasselbe beseitigt sein würde, immer weiter bohren, bis sie die Fortbildungsschule überhaupt zum Fall gebracht haben. Abg. Däbritz vertritt den Antrag der Minderheit und wendet sich gegen die Dispensationsbefugniß als eine Quelle der Unzufriedenheit. Abg. Klemm erklärt sich für das Votum der Majorität und betont dabei namentlich, je weiter und fester wir unserer Jugend eine Basis geben durch Bildung und Erziehung, um so mehr stehe zu hoffen, daß sie dem großen, schweren Problem gewachsen sein werde, das in Zukunft an sie herantritt. Abg. Kockel weist den Vorwurf Wetzlich's zurück, daß die Gemeindevorstände auf dem Lande sich wenig um die Fortbildungsschule kümmerten. Er (Redner) sei für den Wegfall des dritten Schuljahres, weil er in seiner Heimath noch keinen praktischen Erfolg gesehen. Dem Abg. Dr. Minckwitz macht das dritte Fortbildungsschuljahr ungefähr denselben Eindruck wie das dritte Militärdienstjahr. Auch beim Militär ist es gestattet, Leute, die sich gut geführt und möglichst viel Mühe gegeben haben, vom

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Pauknerstr. 41 42.
Butter täglich 3 Mal frisch.